

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 35. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Verlag Beenh. Ode, Düsseldorf 100, Tannenstraße 35. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4592.

Kolleginnen und Kollegen!

Denkt an die sofortige gründliche Vorbereitung der Betriebsratswahlen!

Benutzt die nächsten Wochen dazu, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben auszuklären und sorgt dafür, daß alle noch christlich denkenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen für unsern Verband gewonnen werden.

Wege zur sozialen Gemeinwirtschaft.

Unser Verband hat durch eine Eingabe an die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften gezeigt, wie zur Zeit der Einfluss der Arbeitnehmererschaft in der Textil- und Bekleidungsindustrie gestärkt und dem Allgemeinwohl zweckmäßig gedient werden kann. In der Eingabe wird gefordert:

Bildung von weitgehendst unabhängigen Selbstbewirtschaftungskörpern, vor allem für das Textil- und Bekleidungs-gewerbe. Zu diesem Zweck sollen die Reichsstelle für Textilwirtschaft und die Reichswirtschaftsstellen für die einzelnen Faserstoffgebiete der Textilindustrie weiter ausgebaut werden unter gleichberechtigter Einbeziehung und Mitwirkung der Arbeitnehmer wie der Verbraucherkreise. Diese Selbstbewirtschaftungskörper sollen mit weitgehenden Rechten ausgestattet werden und unter anderen besonders die Aufgabe haben, für einen Preisabbau der Web-, Wirk- und Strickwaren wie der Bekleidungsgegenstände durch Steigerung und Verbilligung der Produktion und durch engere Verbindung von Erzeugern und Verbrauchern unter Ausschaltung der überflüssigen und warenvertuernd wirkenden Zwischenglieder zu sorgen.

Wie notwendig solche Maßnahmen sind, beweisen die übermäßigen Preissteigerungen aller Textilerzeugnisse und Bekleidungsartikel, welche bei wesentlich geringeren Herstellungsmengen und Umsätzen gegenüber der Friedenszeit sowohl den meisten Fabrikanten wie den Händlern unverhältnismäßig hohe Gewinne ermöglichten. Bereits im Jahre 1919, wo die Textilindustrie durch Rohstoffmangel nur sehr beschränkt beschäftigt war und die vorhandenen Maschinen meist kaum zu einem Drittel ausgenutzt werden konnten, erzielten 84 Aktiengesellschaften im Durchschnitt einen Reingewinn von über 32 Prozent. Die Preise für alle Webwaren wurden unter Hinweis auf die hohen Rohstoffpreise und die Steigerung der Devisenkurse ins Ungemessene erhöht. Als jedoch die Rohstoffpreise ganz rapide sanken, wurden die Preise für Webwaren auch weiterhin künstlich hochgehalten. Das beweist folgende Tabelle, die einer im Reichswirtschaftsministerium aufgestellten Denkschrift entnommen sind:

Zeitpunkt	Kobbaumwolle je kg in Markt (Premer Börse)	Baumwollgarn je kg in Markt (Stuttgarter Börse)		Baumwollgewebe je m (Stuttgarter Börse)
		20er	36er	
3. 3. 20	86,—	bis 160,—	bis 175,—	16,50 — 25,—
1. 5. 20	68,—	" 120,—	" 135,—	15,50 — 21,—
4. 6. 20	45,—	" 80,—	" 95,—	11,50 — 14,50
1. 7. 20	41,—	" 65,—	" 77,—	9,50 — 12,—
7. 8. 20	49,—	" 55,—	" 78,—	9,50 — 12,20
4. 9. 20	45 50	" 70,—	" 80,—	10 25 — 13,—
1. 10. 20	47,—	" 80,—	" 90,—	11,50 — 13,50
2. 11. 20	50 50	" —,—	" —,—	11,— — 14,—
1. 12. 20	82 50	" —,—	" —,—	10,— — 13,—
20. 12. 20	27,50	" 75,—	" 90,—	10,— — 13,—

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß die Rohbaumwolle von 86,— Mk. auf 27,50 Mk., mithin auf unter ein Drittel, die Garne von 160,— Mk. bzw. 175,— Mk. auf 75,— Mk. bzw. 90,— Mk. also nur etwa die Hälfte, die Gewebe von 16,50 Mk. auf 10,— Mk., mithin sogar nur um etwas mehr als ein Drittel gefallen sind.

Hier müßte ein weit schnellerer Abbau sowohl der Garne wie besonders der Fertigerzeugnisse erfolgt sein, weil durch eine bessere Beschäftigung in der Baumwollindustrie und durch Bedienung von mehr Webstühlen durch den einzelnen Weber auch noch eine Senkung der allgemeinen Geschäftskosten in der Weberei gegenüber dem Vorjahre eingetreten ist. Bei den fertigen Bekleidungsartikeln war meist noch ein Anziehen der Preise festzustellen, als die Rohstoffpreise schon nachgelassen hatten. In der Wollindustrie war die gleiche Tendenz zu beobachten, wenn auch nicht in solcher Schärfe wie in der Baumwollindustrie.

Hier muß im Interesse der Allgemeinheit eingegriffen werden, um die breiten Volksschichten vor Ausbeutung zu schützen. Das Reichswirtschaftsministerium hat selbst schon die Reichsstelle für Textilwirtschaft sowie durch diese die einzelnen Reichswirtschaftsstellen für die verschiedenen Textilgebiete eindringlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, von den gegebenen Befugnissen Gebrauch zu machen und auf Industrie und Handel im Sinne eines Preisabbaues hinzuwirken. Auf diesem Gebiete haben diese Selbstverwaltungskörper bisher vollständig versagt. Sie werden auch durch den eindringlichen Hinweis des Reichswirtschaftsministeriums nicht veranlaßt werden, in der gewünschten Weise zu wirken, weil dieselben bisher fast nur durch Vertreter der Erzeuger und Händler besetzt sind. Auf Antrag der Textilarbeiterverbände ist zwar die paritätische Zusammensetzung der Reichswirtschaftsstellen von der Regierung schon vor halb einem Jahre verfügt worden, die praktische Durchführung dieser gleichmäßigen Zusammensetzung aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde jedoch bisher hintertrieben.

Die Reichsstelle für Textilwirtschaft sowie die Reichswirtschaftsstellen für die einzelnen Rohstoffgebiete hatten bisher schon weitgehende Befugnisse. Nach der Verordnung über wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Textilgebiete vom 1. Februar 1919 wurde der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes ermächtigt, die kommerzielle und industrielle Beschaffung, Verteilung, Verarbeitung, Lagerung, den Absatz, den Verbrauch und die Preise textiler Rohstoffe sowie von Halb- und Fertigerzeugnissen zu regeln. Auch kann er Bestimmungen über Beschlagnahme und Enteignung treffen.

Durch Bekanntmachung vom gleichen Tage hatte der Staatssekretär die Reichsstelle für Textilwirtschaft sowie die einzelnen Reichswirtschaftsstellen ermächtigt, die in der vorstehend angeführten Verordnung vorgesehenen Befugnisse auszuüben. Nach § 3 der Verordnung kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mk. bestraft werden, wer den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Von den ihnen erteilten Rechten und Befugnissen haben die Reichswirtschaftsstellen bisher kaum jemals Gebrauch gemacht, soweit eine ausreichende Belieferung der breiten Verbraucher-schichten mit Webwaren zu erzwinglichen Preisen in Frage kommt, weil die Vertreter der Fabrikanten- und Händlerinteressen in diesen Körperschaften zu bestimmen hatten, denen an möglichst hohen Preisen gelegen war. Das Streben dieser Kreise richtet sich seit einiger Zeit auf die Beseitigung aller noch vorhandenen Fesseln und Einengungen, um dem schrankenlosen Gewinnstreben völlig freie Hand zu lassen. Diesen Bestrebungen der Unternehmer kann wirksam begegnet werden durch die in der Eingabe unseres Verbandes vorgeschlagenen Maßnahmen. Wenn der Aufgabenkreis der Reichswirtschaftsstellen erweitert wird und Arbeitnehmer und Verbraucher entsprechend ihrer Bedeutung in unserem Wirtschaftsleben entscheidend mitbestimmen können, werden diese Selbstbewirtschaftungskörper auf dem Gebiete der Versorgung unseres Volkes mit preiswerten Textilstoffen und Bekleidungsgegenständen segensreich wirken können. Eine gesunde Preisbildung ist jedoch nicht nur herbeizuführen durch Verhütung übermäßiger Gewinne und durch Ausschaltung überflüssiger, warenvertuernd wirkender Zwischenglieder im Handel, sondern vor allem durch eine planmäßig und energisch betriebene Steigerung und Verbilligung der Produktion in Spinnerei, Weberei, Wirkerei, Strickerei und Ausrüstung. Seit langem sind manche Betriebe mit ganz rückständiger Technik und Arbeitsweise durchschnittlich kaum zu einem Drittel ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die dort er-

zeugten Waren müssen nicht nur mit den übermäßig hohen allgemeinen Geschäftskosten belastet werden, sie sollen auch noch einen reichlichen Unternehmergewinn abwerfen. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, mit dem möglichst geringsten Aufwand an Kapital, Zeit und Arbeit die höchstmögliche Menge an Bedarfsgütern zu erzeugen, muß besonders in der Textilindustrie allgemein durchzuführen versucht werden, einmal um die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu sichern, dann aber auch zur Befriedigung des Inlandsbedarfes zu möglichst billigen Preisen. Die Allgemeininteressen sind denen einzelner Unternehmer dabei voranzustellen.

Wollen wir zu einer sozialen Gemeinwirtschaft kommen, so muß der Einfluss der Arbeitnehmererschaft auf die Warenerzeugung, -verteilung und die Preisbildung fortschreitend verstärkt und besonders eine vermehrte Gütererzeugung sowie eine gesunde Preisgestaltung in der von unserm Verband vorgeschlagenen Weise erstrebt werden. Durch solche praktischen Maßnahmen, welche ohne große Schwierigkeiten baldigst durchgeführt werden können, wird dem Volksganzen besser gedient als durch unfruchtbare Auseinandersetzungen über „Vollsozialisierung“.

H. F.

Nur den Mund nicht so voll nehmen!

(Der Deutsche Textilarbeiterverband und die 46 stündige Arbeitswoche.)

Im „Textil-Arbeiter“, Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, befindet sich in der Nummer vom 11. Februar d. J. ein Artikel: „Die Christen und der Achtstundentag bzw. die 46 stündige Arbeitswoche“. In dem Artikel wird behauptet, daß es mit auf das Schulden des christlichen Textilarbeiterverbandes falle, wenn in nächster Zeit schwere Kämpfe um die Erhaltung der 46 stündigen Arbeitswoche entstehen würden. Dessenfalls belenne sich zwar unser Verband auch für die 46 stündige Arbeitswoche in der Textilindustrie, dieses Bekenntnis sei jedoch nur als Lippenbekenntnis zu bewerten. Die christliche Textilarbeiterschaft habe in M.-Glabbach, jedenfalls auf Anweisung der Führer, in dem Kampf um die 46 stündige Arbeitswoche versagt.

Der „Textil-Arbeiter“ wird jedenfalls nicht erwartet haben, daß wir uns in bezug auf seine Anwürfe in Schweigen hüllen würden; dazu haben wir auch wahrhaftig keine Veranlassung. Wir wollen aber vorerst kurz noch auf etwas anderes eingehen, welches in dem Artikel erwähnt wird. Der „Textil-Arbeiter“ führt als Beispiel dafür, wie die „Christen“ zu dem Achtstundentag stehen, eine Verordnung des Bayerischen Ministeriums bzw. des bayerischen Ministers Oswald an. In der Verordnung ist u. a. davon die Rede, daß die 48 Arbeitsstunden in besonderen Fällen auf die ersten fünf Tage der Woche verteilt werden können. Uns ist nicht recht ersichtlich, was die Verordnung mit der Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zu tun haben soll. Für die Verordnung des Bayerischen Ministeriums bzw. des bayerischen Ministers Oswald tragen wir keine Verantwortung. Wir tragen dafür ebenso wenig die Verantwortung, wie der Deutsche Textilarbeiterverband für die Ausrufungen, welche ehemalige sozialistische Minister seiner Zeit über die nachteilige Wirkung des schematischen Achtstundentages gemacht haben. Auch könnte über manche Verordnung sozialistischer Minister noch besonderes gesagt werden. Wir sehen aber davon ab und kommen nun auf die Stellungnahme zu der 46 stündigen Arbeitswoche in der Textilindustrie zurück.

Wie lagen die Dinge in M.-Glabbach? Bei dem Kampf in M.-Glabbach sind erhebliche Lohnzulagen erzielt worden. Die Arbeitererschaft hat aus sich heraus erklärt, daß sie, nach Erledigung der Lohnfrage, wegen der zwei Stunden allein keinen Kampf mehr führen wolle. Die Abstimmung darüber war geheim. Eine Einwirkung konnte dabei nicht erfolgen. Im übrigen haben viele sozialdemokratisch organisierte Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes, sowie auch Betriebsräte dieses Verbandes denselben Standpunkt in dieser Frage eingenommen. Daß unser Verband die Interessen der Arbeitererschaft bei dem Kampf gut vertreten hat, beweist die nachträgliche Entwidmung unseres Verbandes in M.-Glabbach.

Nun wollen wir aber mal den Spieß umdrehen und den Deutschen Textilarbeiterverband fragen, wie war es bei der Lohnbewegung in der Rheinpfalz Ende Januar bzw. Anfang Februar d. J. In der Rheinpfalz besteht noch die 48-Stundenwoche, und das Uebergewicht, welches der Deutsche Textilarbeiterverband

ber aber unseren Verband rein potenzial hat, ist weit größer als unser Übergewicht gegenüber dem Deutschen Textilarbeiterverband in R. Pfalz. In der Rheinpfalz war ebenfalls die Förderung auf Einführung der 46stündigen Arbeitswoche erhoben worden. Als die Dinge aber ernst wurden, erklärten die Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes (Niedel-Schmiedhofen, Reiliger-Stuttgart etc.), sie könnten die 46-Stundenwoche nicht als Kampfobjekt gelten lassen. Die Bewegung wurde dann auch abgemurrt. Es wäre ein leichtes gewesen, in der Pfalz dem Deutschen Textilarbeiterverband große Schwierigkeiten zu bereiten, besonders wenn wir uns von Agitationsinteressen hätten leiten lassen. Wir haben das aber nicht getan und lehnen das auch im Interesse der Arbeiterschaft ab. Die Bewegung in der Pfalz war in Bezug auf das Verhalten des Deutschen Textilarbeiterverbandes und anderer Begleitumstände sehr bemerkenswert. Es wird vielleicht gelegentlich darüber noch etwas mehr zu sagen sein. Wir wollen bei dieser Gelegenheit nur feststellen, daß die Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes öffentlich in Bezug auf die Durchkämpfung der 46stündigen Arbeitswoche hinstanden und schmerzliches Geschick aufführten. Der große „Berg“ entwickelte nach der Richtung hin keine Initiative und das „Sein“ war nur „Schrein“. Also nochmals: „Aus dem Mund nicht so voll nehmen!“

Zahlen-Akrobaten.

Aus Mitgliederkreisen ging uns nachfolgende Einblendung zu:
Um die Mitglieder des radikal-sozialistisch geleiteten Deutschen Textilarbeiterverbandes, von denen im Laufe weniger Wochen tausende zu unserem christlichen Verbande übergetreten sind, bei der Stange zu halten, sucht „Der Textilarbeiter“ seinen Verband als Klein hinzustellen. Er operiert dabei mit angeblich gewaltigem Zuwachs an Mitgliedern. Kein denkender Arbeiter fällt darauf herein, weil gerade der Deutsche Textilarbeiterverband von jeher die Öffentlichkeit beschwindelt hat durch Angabe viel zu hoher Mitgliederzahlen.

Hier einige Beispiele:
Am 18. Juni 1919 fandte der damalige Leiter des Informationsbüros des Deutschen Verbandes, der spätere Vorstandsmitglied und jetzige sachliche Arbeitsminister Herrmann Fackel eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium betr. das Forschungsinstitut für die Textilindustrie, worin die Mitgliederzahl auf 350000 angegeben ist (Siehe „Der Textilarbeiter“ Nr. 26 1919.)

Gauleiter Dressel, jetzt Redakteur des „Textilarbeiter“, führte in seiner Begrüßungsansprache auf der Generalversammlung des Deutschen Verbandes in Pflaum am 20. Juli 1919 aus: „Nicht nur 350000 organisierte Textilarbeiter bilden auf den Kongress, sondern die ganze Kulturwelt (!)“. (Siehe „Der Textilarbeiter“ Nr. 31 1919.)

Auf dem gleichen Verbandstag gibt der damalige erste Verbandsvorsitzende Karl Hübich am 21. Juli 1919 in seinem allgemeinen Bericht an, daß nach der Zählung vom Juni 1919 die Mitgliederzahl 370000 betrage. (Siehe Protokoll der 13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes Seite 62.)

In einer Entschiedenheit gegen die freie Wirtschaft in der Textilindustrie sowie in einem Protesttelegramm an das Reichswirtschaftsministerium, beide von Hermann Fackel unterzeichnet und beide auf dem gleichen Verbandstage angenommen, wird die Mitgliederzahl wiederum auf 370000 angegeben. (Siehe Protokoll Seite 19.)

Und nun nehmen wir das Jahrbuch des Deutschen Textilarbeiterverbandes für 1919 zur Hand, wo die Aufstellungen über die Mitgliederzahlen sowohl nach Frauen wie nach Quartalen angeführt sind. Dort erscheint uns aus der Aufstellung über die Mitgliederbewegung des Gesamtverbandes während des Jahres 1919 auf Seite 47, daß der Deutsche Textilarbeiterverband Ende Juni 1919 insgesamt nur 227 616 Mitglieder zählte.

Hübich hatte in seinem allgemeinen Geschäftsbericht und Fackel in seinem Telegramm und Entschiedenheiten die Mitgliederzahl um 42 000 zu hoch angegeben.

328000 — 350000 — 370000, das sind die Zahlen, die für den gleichen Zeitpunkt von denselben leitenden Personen als Mitgliederbestand angegeben werden — je nach der gemächtigten Wirkung. So jongliert der Reichsminister Deutscher Textilarbeiterverband mit seinen eigenen Mitgliederzahlen wie der Zirkusakrobat mit Gewichten, die in Umfang und Zahlenausführung das nämliche Publikum über den inneren Hohlraum und das wirkliche Gewicht beschwindeln. Denkende Zuschauer sollen auf solche Tricks ebenjowenig herein wie denkende Textilarbeiter auf die Schwindelangaben des „Textilarbeiter“.

Kommunistischer „Zellenbau“ in den freien Gewerkschaften.

Seit Monaten hat die Kommunisten eifrig an der Arbeit, die freien Gewerkschaften, deren Leitung bisher im wesentlichen in den Händen der Reichssozialisten und Unabhängigen lag, durch sogenannte „Zellenbildung“ in denselben von innen anzuschließen und sie ihren parteipolitischen Zielen dienstbar zu machen.

Die Anweisung zu dieser Arbeit empfingen sie von Moskau, dem Sitz der Internationale, von der ja heute auch die Vereinigten Kommunisten Deutschlands nur mehr eine Landessektion darstellten. Nach dem russischen Bolschewistenführer Lenin sind die Kommunisten dazu verpflichtet, „wenn es nötig ist, sogar List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen“. Sie gehen dabei nach einer Mitteilung der in Hagen i. W. erscheinenden unabhängigen „Vollstimme“ nach einem wohlüberlegten einheitlichen Schlachtplan vor, der von der Reichsgewerkschaftszentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands entworfen worden ist. Um ihre Ziele zu erreichen, verbünden sich die Kommunisten im westfälischen Gebiet zum Zwecke der Verstärkung auch mit den Unions (Syndikalisten), womit sie wiederum getreuen Gläubigen gleich den Moskauer Weisungen Folge leisten, nachdem jenen syndikalistischen Unions die Sanktion der Propheten erteilt worden ist.

Gegen die kommunistische Wühlarbeit setzen sich neuerdings die freien Gewerkschaften entschieden zur Wehr. Erst kürzlich hat sich zunächst der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes genötigt gesehen, die im Zusammenhang mit der letzten Gehaltsbewegung eingeführte Wählerlei für die kommunistische Gewerkschaftsinternationale in aller Deutlichkeit zu brandmarken und die Mitglieder, die sich an dieser Werbearbeit fernerhin beteiligen sollten, mit dem Ausschlusse zu bedrohen. Ein fast wörtlich hiermit übereinstimmender Beschluß ist vor etwa einer Woche in einer Verträtsitzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gefaßt worden und in der Gewerkschaft also, die bislang nicht ohne Grund als Domäne des gewerkschaftlichen und politischen Radikalismus angesehen werden durfte, seitdem die in der Person des nachmaligen Arbeitsministers Schlichte verkörperte gemäßigte Richtung durch die Wahl des Unabhängigen Eisemann einen entscheidenden Knick nach links genommen hatte. Die Entschiedenheit stellt fest, daß die Verfolgung

Eine Mahnung zur Ehrlichkeit.

Der bekannte Mehrheitssozialist Max Cohen hat in einer Broschüre den Schwandel gekennzeichnet, den seine eigene Partei erlitten hat mit dem Begriff „Sozialisierungs-Treiben“. Am Schluss ruft er seinen Freunden folgenden Rat zu:
„Sagt den Arbeitern meinetwegen, daß Ihr diese „Sozialisierung“ der Lage der Dinge nach für das alte Rebeil haltet, obwohl es, wie oben gezeigt, bessere Vorbereitungsmittel für künftige Sozialismus gibt, aber sagt ihnen wenigstens das. Das ist um so nötiger, da Ihr, als Ihr in der Regierung saßt, nicht einmal diese „Sozialisierung“ wollten, die schon vor 1 1/2 Jahren (und zwar leichter als heute) durchzuführen gewesen wäre. Um der Partei willen muß so gehandelt werden, damit die Massen, wenn sie von der „Sozialisierung“ einmal enttäuscht sind, nicht mit gramvoller Faust auf den Tisch schlagen und der Partei den R. den R. lehren.“
Max Cohen: „Sozialismus und Sozialisierungs-Treiben“, S. 16.

der von der kommunistischen Internationale geforderten Tätigkeit in den Gewerkschaften zur Rahmenthema der Stärkung der Organisation und zu ihrer Erhaltung führe. Der solche Schwächung und Herabsetzung des Verbandes betreibe, müsse deshalb als Schädigung des Verbandes behandelt werden. Die Resolution fährt dann fort: „Der erweiterte Vorstand, der sich auf den Boden der Antierdamer Gewerkschaftsinternationale stellt und das Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale in schärferer Weise verurteilt, fordert deshalb vom Vorstand, daß er gegen Mitglieder, die eine derartige, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder schädigende Tätigkeit ausüben, mit allen statutarisch zulässigen Mitteln vorgeht. Er erklärt ausdrücklich, daß der Verband seine Aufgaben nur erfüllen kann, wenn er volle Selbstständigkeit besitzt, für seine Organe und Funktionäre das Statut und die Beschlüsse des Verbandstages allein bestimmend sind. Funktionäre kann nicht sein, wer seine Arbeit im Verbande von den Weisungen außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Stellen abhängig macht.“ Damit ist übrigens die Reihe von Ablagen gewerkschaftlicher Verbände an den Kommunismus noch nicht zu Ende; auch der Glasarbeiter und der Bauarbeiter haben Entschiedenheiten im Sinne einer entschiedenen Abwehr der Moskauer Zerfurchungsarbeiten gefaßt.

Daß ein Vorgehen der Verbandsleitung auf dieser Linie den kommunistischen Wühlern innerhalb der Organisation sehr unangenehm ist, zeigt der wütende Kommentar, mit dem das Berliner kommunistische Blatt die Resolution des Metallarbeiterverbandes begleitet. „Was hat“, so fragt die „Rote Fahne“ (1920, Nr. 27) „das Ausnahmegericht gegen Kommunisten? Aus purer Angst vor dem wachsenden Einfluß der Kommunisten, der in nicht allzu ferner Zeit der Dismannschen Herrlichkeit ein Ende bereiten wird, um sich und den Seinen eine wackende Position zu sichern. Deswegen und nur deswegen ist Robert Dismann drauf und dran, den Metallarbeiterverband zu spalten, einen klaffenden Riß in die Organisation von mehr als 1 1/2 Millionen Metallarbeiter zu reißen.“ In einem Aufruf der Zentrale der D. R. P. D., der die ganze erste Seite der „Rote Fahne“ bedeckt, kommt das Blatt am 21. Januar auf das Vorgehen der Gewerkschaften zurück. Seine ganze Botschaft richtet sich gegen die „Sozialisierungs-Treiben“, die mit ganz geringen Ausnahmen sich in das Lager der Klassenfeinde übergegangen ist, die die Gewerkschaften „am hartsten Schmeißer des Kriegspolizisten der imperialistischen Bourgeoisie“

machte, die Gewerkschaften spalten will, „um wenigstens die Trümmer der mächtigsten Arbeiterorganisationen nach dem Untergang zum Besten zu haben.“
Bemerkenswert ist, daß in der Abwehr der kommunistischen „Zellenbildung“ Mehrheitssozialisten und Unabhängige zusammenzutreten scheinen. „Alle Kraftanstrengungen werden“, so bemerkt wenigstens der „Vorwärts“ (1921 34) „den Kommunisten nicht zu nützen. Alle ihre phrasenreichen Aufrufe, mögen sie noch so sehr mit Prätworten und militärischen Kommandos, wie: „Sturmrufer unter dem Kinn!“ gepeicht sein, werden an dem festen Willen der nichtkommunistischen Arbeiterschaft, die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten, zerschellen. Die Arbeiterschaft darf sich in diesem Kampfe um nichts beirren lassen. Sie hat die Pflicht, innerhalb der gewerkschaftlichen Verbände fest zusammenzustehen“ und denjenigen, die dieselben zerschlagen wollen, „zum Teufel jagen“. — Ganz so w. t. mochte die unabhängige „Freiheit“ (1921 35) nun nicht gehen, aber auch sie meint: „Gegen die gefährliche kommunistische Methode gibt es nur ein Mittel. Nicht den überzüchteten Anstich kommunistischer Mitglieder, wie der Bauarbeiterverband ihn betreibt, sondern den einmütigen Widerstand aller einsichtigen Mitglieder der Gewerkschaften gegen die verderbliche Wirksamkeit einer kleinen Gruppe von blindlings tobenden, von allen guten Geistern verlassen, verantwortungslosen Schablinen. Steht die gesamte Arbeiterschaft, die sich der Verantwortung gegen ihre Organisationen bewußt ist, fest zusammen gegen diese Gesellen, dann sind sie zur Ohnmacht verdammt.“

Ob das wirklich so leicht der Fall sein wird, dürfte vorläufig noch wohl nicht feststehen. Jedenfalls sind die Kommunisten über ihre Erfolgsmöglichkeiten anderer Meinung. Sie pflegen die moskautendlichen Beschlüsse der Verbandsleitungen als bedeutungsloses Machwerk der „Könige“ abzutun, das durch eine etwaige Urabstimmung der Massen, als plumpe Fälschung dargestellt würde. Möglich, daß die unterirdische Befragung von gelehrten und angeleiteten älteren und jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern den Anteil der kommunistischen Stimmen etwas höher schrauben würde. Den Beweis indessen, daß die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiter nur auf die Moskauer Trompete warte, um den Abmarsch gen Osten zu vollziehen, sind die Kommunisten bisher noch schuldig geblieben. Daß aber auch andererseits die kommunistischen Quertreibereien bisher nicht ohne Erfolg blieben, zeigt die Tatsache, daß sich neben der Transportarbeiterverband Leipzig der 3. Internationale angegliedert hat. Er ist damit die erste Gewerkschaft, die sich für das kommunistische Kampfsprogramm ausgesprochen hat.

Allgemeine Rundschau.

Die parteipolitische Neutralität des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

So schreibt uns ein führendes Mitglied unseres Verbandes, erwidern besonders jetzt anlässlich der letzten politischen Wahlen wiederum in einem ganz eigenartigen Dichte Seit einiger Zeit schon wird im Organ des Deutschen Verbandes, dem „Textilarbeiter“, in Geschäftsführergesuchen von den Beamten unter anderem verlangt Angabe der Beitragsklasse sowie des parteipolitischen Organisationsstandes. Daraus erhellt ohne weiteres, daß der neutral sein wollende Deutsche Verband noch nicht einmal eine Neutralität mehr gegenüber sozialistischen Gewerkschaften kennt, denn zweifellos wird mit dieser Bestimmung bezweckt, daß mehrheitssozialistische Elemente und solche, die mit der Leitung nicht in das radikal-unabhängige Horn tuten, von Beamtenposten wesentlich ferngehalten werden. Und das soll nun ein parteipolitisch neutraler Verband sein?

Erst recht die parteipolitische Neutralität verletzt hat aber das Organ des Deutschen Verbandes, der „Textilarbeiter“, der am Kopfe seiner Nr. 7 vom 18. Februar in großer auffälliger Schrift einen Aufruf zur preussischen Landtagswahl veröffentlichte. Darin wurden die Mitglieder seines Verbandes aufgefordert, als „würdige Zeitgenossen und Genossen“ nur sozialistischen Parteien die Stimme zu geben. Der Deutsche Textilarbeiterverband, der sich sonst, um recht viele Dumme zu fangen, ein neutrales Mantelchen umhängt, enthüllte bei dieser Gelegenheit sein wirkliches sozialdemokratisches Gesicht. Er nimmt wohl die nichtsozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder auf, steckt auch deren Groschen als Beiträge ein, verwendet diese jedoch gegen die Interessen der nichtsozialistischen Mitglieder zu Klammernzwecken für die sozialistischen Parteien. Das ist die freigeschaltete parteipolitische Neutralität. Bei einer solch öffentlichen Verletzung der Interessen seiner nichtsozialistischen Mitglieder kann es für diese nur eine Lösung geben: Heraus aus den sogenannten freien Gewerkschaften, heraus aus dem radikal-sozialistischen Deutschen Textilarbeiterverband.

Bemerkenswert in dem oben angeführten Aufruf ist noch die Bezeichnung Breußens als „sichern Hort der Reaktion“. Dabei hat seit der Revolution besonders die Mehrheitssozialdemokratie in der preussischen Regierung gefessen und die ganze Regierungspolitik entscheidend bestimmt. Doch die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes und die Redaktion des „Textilarbeiter“ liegt in den Händen radikal-USA-Deute für diese gelten auch die Mehrheitssozialisten als „Reaktionäre“. Diesen mußte in dem Aufruf des „Textilarbeiter“ noch eins ausgetischt werden, um den Willenden in den Reihen des Deutschen Verbandes darzutun, daß nur nicht reaktionäre Sozialisten, also Unabhängige und Kommunisten, zu wählen sind. Auch daraus ist wiederum zu ersehen, daß sich im Deutschen Textilarbeiterverband die parteipolitische

